

Klaus J. Bade
Keynote zur DeutschPlus-Veranstaltung
„Integrationspolitik im Wahljahr 2013“
Berlin, PZB, 9.9.2013

Ein Paradox ist zu vermelden:

Einerseits sind in der Wahlarena, wie schon in den letzten Wahlkämpfen, die Themen Migration und Integration bislang kaum populistisch in Stellung gebracht worden – abgesehen von rechtsextremistischen Kleinparteien und von alarmistischen Statements von Bundesinnenminister Friedrich.

Andererseits ist kaum je im Wahlvorfeld so viel an kritisch vergleichender Orientierungshilfe zu Migrations- und Integrationspolitik angeboten worden.

Das gilt vor allem für den durch die Stiftungen ermöglichten ‚DeutschPlus-Wahlcheck – Bundestagswahl 2013‘; dazu gehört die vergleichende Expertise von Timo Lochocki über ‚Integrationspolitische Themen im Bundestagswahlkampf 2013‘ sowie das interaktive Webmodul ‚WahlNavi.de‘ und natürlich auch die heutige Podiumsdiskussion.

Schon vorab gab es im Netz die MiGAZIN-Artikelserie ‚Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013‘ mit ihrem Parteienvergleich zu Schlüsselthemen im Bereich Integration und Migration.

Neben diesem Informationspaket gab es die kritisch vergleichenden Analysen des ‚Mediendienstes Integration‘ (mdi) des ‚Rates für Migration‘ (RfM) mit seinen Informationen z.B. über Kandidat/innen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Parteien und deren Platzierung.

Es gab weiter einige Voten des gleichermaßen neutralen ‚Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration‘ (SVR), dessen Gründungsvorsitzender ich bis 2012 war.

Und es gibt einiges an einschlägiger neuer Forschungsliteratur: Davon nenne ich hier nur die Studie von Orkan Kösemen von der Bertelsmann-Stiftung zu neuen Trends im Wahlverhalten der Einwandererbevölkerung.

Wichtig als humanitäre Mahnung ist für die im Feld von Migration und Integration oft zu wenig bedachten Teilbereiche Flucht und Asyl das Papier von ‚Pro Asyl‘, ‚Interkulturellem Rat‘ und DGB unter dem programmatischen Titel „Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge“.

Vor diesem Informationshintergrund sage ich Ihnen in 20 Minuten knapp etwas zu vier Punkten über:

1. die Positionierung von Kandidat/innen mit Migrationshintergrund;
2. Reichweite und Grenzen im politischen Parteienkonsens;
3. Integrationspragmatismus u. kulturelle Angst;
4. über institutionellen Reformbedarf auf der Bundesebene.

Am Ende gibt es als Impuls thesenförmig einige Anregungen und Forderungen an die Parteien.

Punkt 1: Zur Positionierung von Kandidat/innen mit Migrationshintergrund

Vermeintlich vertraute Muster im Wahlverhalten der Einwandererbevolkerung verschwimmen: Aussiedler galten lange vorwiegend als CDU-Wähler, Menschen mit türkischem Migrationshintergrund vorwiegend als rot/grünes Wählerpotential.

Das gilt, wenn es denn je galt, zumindest so klar nicht mehr. Ganz folgerichtig gibt es z.B. nun auch bei der CDU eine muslimische Bundestagskandidatin mit türkischem Migrationshintergrund (die 35-jährige Cemile Giousouf aus Hagen).

Und umso mehr bemühen sich die Parteien durch geeignete Suborganisationen um das mobiler gewordene migratorische Wählerpotential: von der AG ‚Migration und Vielfalt‘ der SPD über das ‚Netzwerk Integration‘ der CDU und das ‚Liberale Forum Vielfalt‘ der FDP bis zu dem neuen Netzwerk von Bündnis 90/Grünen mit dem Namen ‚Yesiliz‘, d.h. türkisch ‚Wir sind Grün‘. Sie alle sind Menschen- oder Stimmenfischer, wollen also Bürger mit Migrationshintergrund als Parteimitglieder oder doch wenigstens als Wähler gewinnen.

Aber die Repräsentanz der Einwanderer unter den zur Wahl gestellten Kandidat/innen ist trotzdem nach wie vor prekär. Sie unterscheidet sich damit klar von der Zusammensetzung unseres Podiums, auf dem die Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund so dramatisch in der Minderheit ist, dass dies die wüstesten Alpträume der xenophoben Rechten übertrifft.

Bestandsaufnahme für Deutschland:

Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund: 18,6 Prozent.

Volljährige Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund: gut 9 Prozent aller Wahlberechtigten.

Kandidat/innen mit Migrationshintergrund für die anstehende Wahl aber: nur rund ein Drittel, ca. 3 Prozent.

Mehr noch: Nach Recherchen und Extrapolationen des ‚Mediendienstes Integration‘ gibt es unter den Kandidat/innen mit Migrationshintergrund nur 1 Prozent mit chancenreichen Plätzen bzw. Wahlkreisen.

Das würde, so der mdi, bei - wie derzeit -angenommenen 620 Sitzen im Bundestag gerade mal 3 Prozent, also nur 20 Abgeordnete mit Migrationshintergrund ausmachen.

Das alles ist einer Einwanderungsgesellschaft unwürdig.

[Die Frage nach absoluten Zahlen bei der Verteilung der insgesamt 99 Kandidaten/innen mit Migrationshintergrund auf die bislang im Bundestag vertretenen Parteien (hier ohne die ebenfalls abgefragten 17 Kandidat/innen der Piraten) zeigt folgendes Ergebnis:

Das Spitzentrio bilden Bündnis 90/Grüne mit 24 Kandidat/innen, gleichauf gefolgt von SPD und Der Linken, die hier mal etwas gemeinsam haben, nämlich jeweils 20 Kandidaten. Die FDP hat 10, die CDU nur 8 Kandidaten und die CSU scheint gar keine gefunden oder gesucht zu haben.]

Auch wenn man die Zahl der Kandidat/innen mit Migrationshintergrund mit der Gesamtzahl der jeweiligen Parteikandidat/ innen vergleicht, um die Anteile zu bestimmen, bilden Bündnis 90/Grüne, SPD und Die Linke das Spitzentrio und CDU/CSU das Schlusslicht. Das kann man interpretieren als bloßen Ausdruck wahlstrategischer Entscheidungen, aber auch als Gradmesser für die Anerkennung der Einwanderer als politische Partner.

Punkt 2: Reichweite und Grenzen im politischen Parteienkonsens

Ich konzentriere mich hier nach Lochocki auf einige ausgewählte Positionen, die dort weiter ausdifferenziert sind. Ich beschränke mich dabei wieder auf die im Bundestag vertretenen Parteien, berücksichtige also nicht erstmals kandidierende Parteien wie die Piraten oder die Alternative für Deutschland und auch nicht die hoffentlich kleinparteilich bleibenden Rechtsextremisten bzw. Neo-Nationalsozialisten.

In Sachen Migration und Integration ist seit der Jahrhundertwende viel erreicht worden: von der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts über das Zuwanderungsgesetz bis hin zur Liberalisierung des Zugangs für qualifizierte Zuwanderer einerseits und zum Anerkennungsgesetz andererseits, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das kam in nachholender Gestaltungsarbeit mit Sieben-Meilen-Stiefeln und trotzdem oft rund ein Vierteljahrhundert zu spät. Und es ist zeitgleich viel kaputtreformiert oder verschlimmbessert worden, wie z.B. im Asylrecht durch Art 16a GG und im Staatsangehörigkeitsrecht durch den

faulen Parteienkompromiss des Optionsmodells, damals eingebracht von der FDP, die heute selber dagegen ist.

Vergleicht man vor diesem Hintergrund die Wahlaussagen der Regierungs- und Oppositionsparteien zu aktuellen Gestaltungsfragen in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik, dann hat das Ganze etwas von CDU/CSU gegen den Rest der parlamentarischen Welt. Das gilt besonders dann, wenn es um ein Mehr an Öffnung, Liberalisierung und im Asylbereich auch an Humanität geht.

Beispiel Integration:

Weitreichende Einigkeit bei SPD, Bündnis90/Grünen, FDP und der Linken.

Solitäre bzw. isolierte Position der CDU/CSU, die, trotz interner Meinungsdivergenzen, nach außen hin weitgehend allein steht:

- mit ihrem Festhalten am Optionsmodell;
- mit ihrem Beharren auf dem Betreuungsgeld;
- mit ihrer Ablehnung der doppelten Staatsangehörigkeit und
- mit ihrer Verweigerung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige auch bei langem Daueraufenthalt.

Beispiel Zuwanderung:

Wiederum bis auf die CDU/CSU sind alle im Bundestag vertretenen Parteien dafür, Ausländern, die in Deutschland einen Ausbildungs- und Berufsabschluss erworben haben, den Anspruch auf einen langfristigen Aufenthaltstitel zuzuerkennen.

FDP und Bündnis 90/Grüne wollen darüber hinaus die Zuwanderung aus Drittstaaten nach einem Punktesystem neu regeln, was die CDU/CSU grundsätzlich ablehnt, auch weil es in Gestalt der Höchstqualifizierten-Richtlinie ja nun schon ein begrenztes Punktesystem gibt.

Beispiele Flucht und Asyl:

Die europäische und deutsche Abwehrpolitik gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden ist ein historischer Skandal. Daran werden Historiker der Zukunft das zynische Humanitätsverständnis unserer Gegenwart bemessen, die dann Geschichte sein wird.

Die CDU/CSU sieht trotzdem keinen Anlass zur Änderung der Asylpraxis, geschweige denn des Asylrechts. Alle anderen Parteien sind z.B. dafür, die sich immer wieder neu auffädelnden Kettenduldungen zu ersetzen durch langfristige Aufenthaltstitel und die Residenzpflicht aufzuheben, die Arbeitnahme und Ausbildung einschränkt.

SPD, Bündnis 90/Grüne und Die Linke wollen zudem den Familiennachzug erleichtern, das Flughafenverfahren abschaffen und die Asylsuchenden finanziell besser stellen.

Bündnis 90/Grüne und Die Linke sind ferner für eine erleichterte und stärkere Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisengebieten wie zurzeit Syrien.

Am weitesten geht Die Linke mit ihrer Forderung, aus dem europäischen Konsens der Abwehr in Sachen Asyl auszuscheren und zum alten Verfassungsartikel 16 zurückkehren.

Beispiel Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik:

Wiederum im Gegensatz zu CDU/CSU, diesmal aber auch der FDP, fordern alle Oppositionsparteien eine institutionelle und finanzielle Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, eine leichter erreichbare und schärfere Gerichtspraxis in Diskriminierungsfällen, eine Umsetzung aller Antidiskriminierungs-Richtlinien der EU sowie eine Anonymisierung von Bewerbungen für den öffentlichen Dienst.

Punkt 3: Integrationspragmatismus und kulturelle Angst

Hier unterscheide ich mich von zwei Interpretationen in Timo Lochockis kluger Expertise: Sie kommt – auch unter Berufung auf Aussagen des seinerzeit von mir geleiteten Sachverständigenrates – zu der Einschätzung:

Erstens hätten schon im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts 90 Prozent der Bürger in Deutschland kein Problem mehr mit Integration und Integrationspolitik gehabt und mit solchen Werten in Europa einen Spitzenplatz eingenommen. Diese hochpositive und pragmatisch-gelassene Einstellung zu Integrationsfragen sei auch durch die Sarrazin-Debatte nicht stärker tangiert worden.

Zweitens seien deswegen auch die Parteien eher vornehm zurückhaltend mit der Sarrazin-Debatte umgegangen.

Das ist mir zu euphemistisch, auch im Blick auf die hier angesprochenen Ergebnisse des ersten SVR-Jahresgutachtens mit Integrationsbarometer von 2010. Timo Lochocki hat hier, auf einen Kommentar von mir hin, an einer Stelle (S. 6) vermittelnd nachgebessert. Das ändert aber nichts am Gesamtduktus seiner Bewertung, weshalb ich hier sicherheitshalber noch ergänzend nachfasse:

Die zentrale, von mir selbst stammende und auch in späteren Gutachten wieder aufgenommene Botschaft im SVR- Jahresgutachten

„Einwanderungsland 2010“ lautete in der Tat: „Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf im Land“. Das war aber, erstens, relativ gemeint, also gemessen an den zum Teil miserablen Rahmenbedingungen, unter denen sich Einwanderung und Integration im ‚Nicht-Einwanderungsland‘ entfalten mussten.

Und es war, zweitens, eine Kampfansage gerade an das Geheul der Integrations- und Islamkritiker, die die objektiv falsche Rede von der ‚gescheiterten Integration‘ doch in Wahrheit in weiten Kreisen zum Unwort des ersten Jahrzehnts werden lassen.

Die Sarrazin-Debatte hat bei der Mehrheitsbevölkerung zwar in der Tat nicht zu bleibenden Beschädigungen in den allgemeinen Einschätzungen von Integration und Integrationspolitik geführt. Aber sie hat die durch unser aufsehenerregendes Gutachten erreichte pragmatische Diskussion erneut hysterisiert und zurückgeworfen.

Sie hat mit der in ihrem Windschatten aufsteigenden ‚Islamkritik‘ dem im Hintergrund schon lange wühlenden, besonders antiislamischen Kulturrassismus auf breiter Front zum Durchbruch verholfen. Sie hat die rund vier Millionen zählende muslimische Bevölkerung, soweit sie von der Debatte Kenntnis nahm, damit schwer und nachhaltig getroffen, mit spürbaren Folgen bis heute.

Der anhaltend negative Wanderungssaldo gegenüber der Türkei ist nur ein Beleg unter anderen dafür. „Wir verlieren so die Besten“, hat der ZEIT-Journalist Jörg Lau bitter und zu Recht dazu notiert.

Und die Parteien haben die Sarrazin-Debatte auch nicht souverän übergangen wie eine Pfütze am Weg. Gerade die großen Parteien zeigten zeitweise eine ratlose Schockstarre mit Kaninchenblick auf die plötzlich allenthalben züngelnden kultur-rassistischen Schlangenköpfe; denn das Echo der Sarrazin-Debatte enthüllte, wie dünn der demokratische Firniss über dem Alltagsrassismus war und wie weit er über die sogenannte Mitte der Gesellschaft auch in die jeweils eigene Parteibasis hineinreichte.

Ich habe in meinem im März dieses Jahres just in diesem Raum vorgestellten neuen Buch ‚Kritik und Gewalt: Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft‘ (Wochenschau Verlag) zu zeigen versucht, dass die Wahrheit in der Mitte liegt zwischen Unterschätzung und Überschätzung der Sarrazin-Debatte und ihrer Folgen; will sagen:

Man muss in Deutschland also wohl unterscheiden zwischen den (bei Lochocki dominierenden) allgemeinen, pragmatisch-positiven Einschätzungen von Integration und Integrationspolitik und den (bei ihm nur in einer Nebenbemerkung [S. 6] angedeuteten) bizarren Bewertungen von kultureller Vielfalt unter Berücksichtigung der Religionszugehörigkeit und besonders des Islam. Belege:

Rund 51 Prozent der Deutschen empfinden Misstrauen und Kulturangst gegenüber dem Islam.

Nach der Münsteraner Umfrage von 2010 sahen 72 Prozent der Westdeutschen und 69 Prozent der Ostdeutschen „in der wachsenden Vielfalt der Religionen eine Bedrohung des sozialen Friedens“.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern haben auch nur 34 Prozent der Westdeutschen und 26 Prozent der Ostdeutschen ein persönlich positives Bild von Muslimen.

42 Prozent der von den Münsteranern befragten Deutschen vertraten die sogar verfassungswidrige Auffassung, dass „die Ausübung des islamischen Glaubens“ stark eingeschränkt werden müsse.

Und nach der 2012 vorgelegten Bielefelder Umfrage hielten rund 40 Prozent der Deutschen Ausländer ganz allgemein für eine Bedrohung und Deutschland insgesamt für „in einem gefährlichen Maß überfremdet“.

Diese Antinomie zwischen Akzeptanz von Integration und Skepsis gegenüber kultureller Vielfalt scheint eine geistige Tretmine aus dem Arsenal des ‚German way of thinking‘ zu sein; denn: Integration und kulturelle Vielfalt sind in der Einwanderungsgesellschaft zwei Seiten der gleichen Medaille.

Mehr noch: Mit der wachsenden Akzeptanz der kulturellen Vielfalt wuchsen panikartig die Militanz, Radikalität und Brutalität ihrer angstgetriebenen und identitätsgestörten, gut vernetzten, zum Teil hochkonspirativ in Kleingruppen arbeitenden Gegner:

Das reicht von durch den Bundesverfassungsschutz demonstrativ tolerierten Netz- und Hetzwerken wie den Internet-Prangern ‚Politically Incorrect‘ oder ‚Madrasa of Time/Time of Counterjihad‘ und Kriegsverbrecher- oder Todeslisten, die ihre Kritiker vogelfrei stellen wie ‚Nürnberg 2.0‘ oder ‚Chronik Berlin‘ bis hin etwa zu der bundesweit konspirativ organisierten und gefährlichen, weil bewaffneten Terror- und Femegruppe der sogenannten ‚Reichsbürger‘. Sie bedrohen Synagogen, Moscheen, Behörden und individuelle Kritiker mit Anschlägen und physischer Gewalt bis hin zum Mord. Sie kündigen an, im Netz hängende, zu Gewalt- taten einladende Todeslisten final abzuarbeiten. Und das ist zumindest dann nicht lustig, wenn man selbst auf solchen Listen steht.

Naika Foroutan hat das Paradox von Akzeptanz und Abwehr kultureller Vielfalt in Deutschland in die Pointe gefasst: Integration funktioniert, aber „minus Muslime“.

Nach meiner Einschätzung hat die Ausgrenzung der Muslime auf dem viele Deutsche ängstigenden Weg in die Einwanderungsgesellschaft die Funktion einer identitätsstiftenden Selbstvergewisserung durch negative Integration, also Integration des Eigenen durch Abgrenzung vom Fremden.

Das Beispiel von Muslimskepsis und Islamfeindschaft zeigt überdies, dass im integrationspolitischen Parteiendiskurs der Tanz um das goldene Kalb der ‚Einbürgerung‘ als Bekenntnis zur deutschen als der einzigen und in Deutschland allein selig machenden Staatsangehörigkeit im Blick auf die kollektiven Mentalitäten der Deutschen ein Mummenschanz ist, denn:

Die Rede von der Einbürgerung als dem krönenden Abschluss der Integration blamiert sich täglich vor der Tatsache, dass auch deutsche Muslime nach ihrer vermeintlichen Läuterung durch den Wechsel der Staatsangehörigkeit eben nicht verschont bleiben von Muslimskepsis und Islamfeindschaft.

Solange das so bleibt, fehlt der gängigen These von der Einbürgerung als Erfolgsnachweis bei der Integration muslimischer Einwanderer das Pendant, nämlich die Einhaltung der Akzeptanz-Spielregeln durch die Mehrheitsgesellschaft.

Umso mehr appelliere ich an die Parteien, jedenfalls in der kommenden Legislaturperiode bei Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik auch die kulturellen Identitätsprobleme dieser Mehrheitsgesellschaft auf ihrem Weg in die Einwanderungsgesellschaft einzubeziehen und dabei, gerade nach der NSU-Erfahrung, die zum Teil fließenden Grenzen im Auge zu behalten zwischen Kulturangst, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindschaft, Rechtsextremismus und Neo-Nationalsozialismus.

Die Lage ist ernster als viele glauben: Berlin-Hellersdorf ist nur ein aktuelles Fanal unter anderen. Dort müssen heute schändlicherweise wieder Asyl suchende Flüchtlinge vor ebenso dümmlicher wie aggressiver rassistischer Mobilisierung fliehen.

Berlin-Hellersdorf ist von dem tagelangen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen zwar dadurch getrennt, dass es heute ein starkes Engagement demokratischer Bürgerinitiativen gibt und dass die Polizei heute nicht mehr durch tatenloses Herumstehen zum passiv duldenden Mittäter wird.

Heute werden dafür auch die kleinparteilich organisierten neo-nationalsozialistischen Alltagsterroristen als scheindemokratische Demonstranten von der Polizei geschützt, womit sich die Staatsgewalt wieder einmal vor verfassungsfeindlichen Rechtsextremisten blamiert, denn: Mit demokratischer Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in der Einwanderungsgesellschaft hat die Verbreitung von Pogromstimmung nichts zu tun.

Hoffen wir, dass sich der berühmte Satz nicht erfüllt: Wer seine Geschichte vergisst, ist dazu verdammt, sie noch einmal zu erleben.

Punkt 4: über institutionellen Reformbedarf auf der Bundesebene

Dass in einer schon mehrere Generationen von Einwanderern umfassenden Einwanderungsgesellschaft Integrationspolitik nur als teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle verstanden werden kann, hat der wichtigste institutionelle Akteur, der Bundesminister des Innern, bis heute nicht erkannt. Ebenso nicht, dass Populismus kein Ersatz ist für fehlende Konzepte in der Gesellschaftspolitik.

Stattdessen hat der Bundesinnenminister regierungsamtlich indirekt Aggressionsanreize gesetzt und Adressaten markiert: Das gilt einerseits für seine fahrlässigen Tiraden über sogenannte osteuropäische Armutswanderer als angebliche Betrüger und Schmarotzer, die man, wie er populistisch pointierte ‚ohne viel Federlesens‘ wieder ‚rauswerfen‘ müsse. Und es galt andererseits für seine Redensarten über den einen angeblich „alarmierenden“ Ansturm von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Und das, obgleich das wirtschaftlich prosperierende Deutschland innerhalb der EU, gemessen an seiner Größe, im Asylaufkommen lediglich auf Platz 10 liegt, also hinter viel stärker betroffenen und zusätzlich krisengeschüttelten EU-Staaten; und obgleich es in Deutschland, so der mdi (Thränhardt), weniger um einen sogenannten ‚Ansturm‘ von Asylsuchenden geht als um hausgemachte Probleme: nämlich um einen Bearbeitungsstau auf Grund von Personaleinsparungen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – das bekanntlich als nachgeordnete Behörde dem Bundesinnenministerium unterstellt ist.

Angesichts solcher populistischer Vorleistungen könnten wir bei steigenden Zuwanderungen im Zuge der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien ab Anfang 2014 und bei einem weiteren Anstieg der Asylbewerberzahlen unter Umständen einen Rücksturz in längst überwunden geglaubte Aggressionen erleben, von dem Kulturrassismus gegenüber dem Islam einmal ganz abgesehen.

Ein episodischer Nachvollzug der Exzesse der frühen 1990er Jahre ist dabei nicht auszuschließen. Sage später niemand wieder, man habe das alles nicht absehen können.

Und der über den zunehmenden Fremdenhass gegenüber den Schwächsten der Schwachen, nämlich gegenüber Asylsuchenden und Armutswanderern, am Ende selber erschrockene Bundesinnenminister warnt nun vor Folgen – aber nicht etwa vor den gesellschaftlichen, sondern vor marktwirtschaftlichen Folgen: nämlich davor, dass das, was er „unser Vaterland“ nennt, international in seinem Ansehen beschädigt und in seiner Exportkraft geschwächt werden könnte.

Das ist in meinen Augen unerträglich. Der Bundesinnenminister zertrampelt im integratorischen Porzellanladen auf der Bundesebene das,

was die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung zusammen zu führen und beieinander zu halten sucht. Will sagen: Bundesinnenminister Friedrichs Ressortführung in Sachen Integrationspolitik war und ist kein Beitrag zur Lösung, sondern ein verstärkender Teil der Probleme. Hoffen wir nach der Wahl auf einen Neubeginn an der Spitze des Ressorts.

Wichtiger aber als persönliche Veränderungen sind in Sachen Migrations- und Integrationspolitik institutionelle Reformen in der nächsten Koalitionsvereinbarung. Und die betreffen besonders den Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums.

Das mächtige Ressort, das sich auch als Integrationsministerium versteht, ist mit der Fülle seiner Aufgaben offenkundig überlastet. Es sollte deshalb in der nächsten Koalitionsvereinbarung entlastet werden.

Und zwar durch die weitgehende Ausgliederung der Migrations- und Integrationsbelange und deren Umverteilung auf andere hier schon maßgeblich beteiligte Ressorts wie Arbeit und Soziales, Bildung, Familie und Justiz; alternativ durch deren Bündelung in einem eigenen oder in einem Querschnittsministerium, wie dies auf Länderebene schon erprobt wird. Vergessen wir nicht, dass die Gestaltungsbereiche Zuwanderung und Integration bis zum Beginn der ‚Ära Kohl‘ 1982/83 ohnehin nicht im Innenressort, sondern im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung angesiedelt waren.

Das BMI wäre dann in Sachen Migration und Integration nur mehr ein begrenzt beteiligtes Ministerium unter anderen. Migrations- und Integrationspolitik kann dadurch nur besser werden; ganz abgesehen davon, dass Integration ohnehin nicht primär Bundesaufgabe, sondern Ländersache ist und sich in der Praxis auch nicht auf Bundes- oder Länderebene, sondern vor Ort, also in den Kommunen vollzieht. Und deren Leistungen in Sachen Integration werden, wie das vorletzte SVR-Gutachten 2012 über Integration im föderalen System gezeigt hat, nach wie vor bei weitem unterschätzt.

Anregungen und Forderungen an die Adresse der Parteien:

1. Guter Vorsatz für die übernächste Bundestagswahl: mehr Kandidat/innen mit Migrationshintergrund in aussichtsreichen Positionen;
2. teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle statt sozialtherapeutischer Integrationspolitik für Migranten; das heißt in der Einwanderungsgesellschaft auch
3. Einbeziehung von Akzeptanzproblemen auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung und nicht immer nur von sog. Integrationsproblemen bei der Einwandererbevölkerung; das gilt

4. auch für gesellschaftspolitisch vermittelnde und vorausschauende Aufklärung, aktuell z.B. im Blick auf sogenannte Armutswanderungen oder steigende Asylbewerberzahlen;
5. weitere Reformen in Sachen Integration und Zuwanderung, wie sie im Kern von allen Bundestagsparteien mit Ausnahme von CDU/CSU gewollt werden;
das sollte nach der Wahl möglichst kompakt eingefordert werden;
6. Humanisierung der weithin auf Abwehr und Abschreckung ausgerichteten Politik gegenüber Asyl- oder doch Schutzsuchenden, die wir im Bemühen um mehr Verständnis und in Erinnerung an die eigene Geschichte vielleicht besser ‚ausländische Vertriebene und Flüchtlinge‘ nennen sollten;
7. Neuordnung der Zuständigkeiten in der Migrations- und Integrationspolitik auf der Bundesebene
 - 7.1. durch weitgehende Ausgliederung der Migrations- und Integrationsbelange aus dem BMI und deren Umverteilung auf hier wichtige andere Ressorts oder deren Bündelung in einem eigenen oder in einem Querschnittsministerium sowie
 - 7.2 durch eine Stärkung der Ämter der Integrationsbeauftragten und der Gleichstellungsbeauftragten der Bundesregierung.

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater Prof. em. Dr. Klaus J. Bade lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt seither in Berlin. Er war u.a. Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), des Rates für Migration (RfM), der Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM), stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Migration und Integration (Zuwanderungsrat) und von Ende 2008 bis Mitte 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin. Bade war Fellow an den Universitäten Harvard und Oxford, an der Niederländischen Akademie der Wissenschaften sowie am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er hat zu Migration und Integration in Geschichte und Gegenwart viele Forschungsprojekte geleitet, einige Dutzend Bücher veröffentlicht und für sein Engagement in Forschung und kritischer Politikbegleitung diverse Auszeichnungen erhalten, zuletzt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse (www.kjbade.de). Im März 2013 erschien sein neues Buch ‚Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Wagenbach Verlag Schwalbach i. T., 400 S. (ISBN 978-3-89974893-2).